Deutscher Bundestag **Drucksache 18/772**

18. Wahlperiode 12.03.2014

Antrag

der Abgeordneten Sylvia Kotting-Uhl, Annalena Baerbock, Bärbel Höhn, Oliver Krischer, Christian Kühn (Tübingen), Steffi Lemke, Peter Meiwald, Dr. Julia Verlinden, Harald Ebner, Matthias Gastel, Kai Gehring, Stephan Kühn (Dresden), Friedrich Ostendorff, Markus Tressel, Dr. Valerie Wilms und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Für mehr Transparenz in der Internationalen Atomenergie-Organisation

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Laut Artikel II ihrer Satzung soll die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) den Beitrag der Atomenergie zu Frieden, Gesundheit und Wohlstand weltweit beschleunigen und vergrößern. Zugleich soll die Organisation sicherstellen, dass der Einsatz der Nukleartechnik und von spaltbaren Materialien auf den zivilen Bereich beschränkt bleibt und nicht genutzt wird, „um irgendeine militärische Nutzung zu fördern.“ Vor und nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima am 11. März 2011 gab es immer wieder Hinweise, dass die IAEO der Förderung der Atompolitik höchste Priorität einräumt und die nuklearen Risiken und Gefahren verharmlost. Durch die Recherche der japanischen Zeitung „Tokyo Shimbun“ wurde am 31. Dezember 2013 bekannt, dass die IAEO mit den Präfekturen Fukushima und Fukui sowie der Medizinischen Fakultät von Fukushima Verträge ausgehandelt hat, die eine gegenseitige Geheimhaltung zu bestimmten Informationen garantieren, wenn eine der Parteien dies wünscht. Bei dem Vertrag mit der Medizinischen Fakultät ging es dabei unter anderem um Daten zur Gesundheitserhebung in der Präfektur. Mit der Präfektur Fukushima handelte die IAEO unter anderem Geheimhaltung zum Verfahren bei der Atommüllentsorgung aus.

Durch die Geheimhaltung wird der betroffenen Bevölkerung die Möglichkeit genommen, sich uneingeschränkt zu informieren und dementsprechend handeln und auch schützen zu können. Gerade im Fall einer nuklearen Katastrophe mit ihren ungeheuerlichen Auswirkungen, sollte deswegen größtmögliche Transparenz die Norm und nicht die Ausnahme sein.

Der Umgang mit der Veröffentlichung von Daten und Zahlen bei der IAEO muss transparenter gestaltet werden, um die Informationsfreiheit der betroffenen Bevölkerung zu gewährleisten.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- von der IAEO eine transparentere Arbeitsweise einzufordern und dafür ein Peer-Review-Verfahren anzustoßen, das konkrete Kriterien für die Geheimhaltung von Informationen entwickelt. In einen solchen Prozess sollten die IAEO-Mitgliedstaaten, unabhängige Experten sowie Interessenvertreter aus Zivilgesellschaft und Wirtschaft mit einbezogen werden;
- sich dafür einzusetzen, dass die systematische Verharmlosung von radioaktiver Strahlung als Tagesordnungspunkt auf der 58. Generalkonferenz der IAEO vom 22. bis 26. September 2014 in Wien offen diskutiert und beendet wird.

Berlin, den 11. März 2014

Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333